

Gemeindeautonomie in Gefahr



Meines Erachtens handelt es sich um ein ernsthaftes Problem. Insbesondere die kleinen Gemeinden geraten immer stärker unter Druck, das politische Personal für die Besetzung der verschiedenen Funktionen zu gewinnen. Der Mangel an geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Bürgermeisterin oder

des Bürgermeisters bildet nur die Spitze des Eisbergs. Wir dürfen nicht übersehen, dass die Basis für eine politische Tätigkeit in der Gemeinde das im Wesentlichen ehrenamtliche Engagement bildet. Nur wenn genügend engagierte Menschen zur Verfügung stehen, kann unter diesen eine Auswahl für höhere Funktionen in den Gemeinden getroffen werden. Der Mangel an entsprechend qualifiziertem politischem Personal gefährdet die Funktionsfähigkeit vor allem der kleineren Gemeinden und ist nicht nur demokratiepolitisch, sondern auch verwaltungstechnisch ein gewaltiges Problem.

Die Funktion der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters muss angemessen entlohnt werden, damit es auch für solche Personen attraktiv ist, die im Berufsleben erfolgreich sind. Allerdings müssen sich auch die Gemeindepolitikerinnen und -politiker entsprechend weiterbilden, um den Anforderungen gewachsen zu sein. Insoweit sehe ich sie schon in einer Holschuld. Es muss jeder Person, die in die Gemeindepolitik einsteigt, klar sein, dass, welche Funktion sie auch immer ausübt, diese mit Verantwortung verbunden sein wird. Außerdem muss Rechtstreue selbstverständlich sein. Meines Erachtens sollte die Gemeindeaufsicht auch eine gewisse Servicefunktion gegenüber den Gemeinden ausüben und sollte auch ein entsprechendes Ausbildungsangebot für Gemeindepolitikerinnen und -politiker zur Verfügung stehen. Darüber hinaus müssen sich die Gemeinden dadurch entlasten, dass sie noch intensiver als bisher kooperieren. In letzter Konsequenz stellt der Mangel an geeigneten Funktionärinnen und Funktionären die Zukunft der Gemeindeautonomie in Frage. Ich sage immer: Gemeindefusionen sind dann unausweichlich, wenn sich zu wenige qualifizierte Menschen finden, in der Gemeindepolitik tätig zu sein.

Peter Bußjäger,

Direktor des Instituts für Föderalismus